



Medienmitteilung

Zürich, 17. Februar 2022

Beschlüsse der Kommissionen

STGK: Durchführung von Wahlen und Abstimmungen soll vereinfacht werden

Die Kommission für Staat und Gemeinden (STGK) beantragt dem Kantonsrat mit 11 zu 4 Stimmen, das Gesetz über die politischen Rechte (GPR) zu ändern ([5729](#)). Die vom Regierungsrat vorgeschlagenen Anpassungen sollen vor allem das Verfahren zur Ausübung der politischen Rechte im Kanton Zürich vereinfachen. Die Kommissionsmehrheit möchte im Rahmen der Gesetzesänderung auch die Einführung eines Beiblattes beschliessen, mit dessen Hilfe die Stimmberechtigten bei kantonalen und kommunalen Mehrheitswahlen Informationen zu den kandidierenden Personen erhalten sollen. Auf diese Weise soll das Anliegen der parlamentarischen Initiative [KR-Nr. 156/2020](#) von GLP-Kantonsrat Michael Zeugin betreffend «Stärkung der Demokratie dank höherer Transparenz bei den Regierungsratswahlen» umgesetzt werden. Eine Minderheit lehnt dieses Anliegen und in der Konsequenz auch den Gesetzesentwurf ab.

STGK-Präsident: Stefan Schmid (SVP, Niederglatt), 079 541 53 76

Auf dem vorliegenden Bulletin sind alle publikationsreifen Beschlüsse festgehalten, die seit dem letzten Bulletin von Kommissionen gefasst und noch nicht kommuniziert wurden.